

*Beat Weber*

## **EU Krisenpolitik und die Rolle der Sozialdemokratie**

*(vorläufiger Entwurf)*

In den vergangenen zwei Jahrzehnten war bei BeobachterInnen in europäischen Staaten die Wahrnehmung verbreitet, zwischen den politischen Parteien gebe es kaum noch Unterschiede (Boix 2000). Insbesondere in der Wirtschaftspolitik schien die Konvergenz in Richtung des liberalen Modells so weit zu gehen, dass es sich in den Sozialwissenschaften nur noch zu lohnen schien, über die Ursachen zu debattieren (ökonomische Sachzwänge aufgrund Globalisierung etc. oder fortschreitende Durchsetzung neoliberaler Hegemonie), nicht über die Tatsache selbst.

Während eine Beschränkung der Finanzmärkte als Eckpfeiler und Grundvoraussetzung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit gilt (Blyth 2005), taten sich in den 1990er Jahren paradoxerweise sozialdemokratisch geführte Regierungen bei Reformen zur Förderung des Kapitalmarkts besonders hervor (Cioffi/Höpner 2006). Wichtige neoliberale Politiken wurden zwischen 1997 und 2002 implementiert, als 12 von 15 EU-Mitgliedstaaten sozialdemokratisch regiert waren (Madariaga 2010). Mitgerissen von der globalen Finanzmarktdynamik und in dem Bestreben, den Zug nicht zu verpassen, übernahm eine „kapitalmarktfreundliche Linke“ in Bezug auf Finanzmärkte die Vorreiterrolle für eine neoliberale Offensive, die weitreichende Folgewirkungen auf die Gesamtwirtschaft ausübte (Ryner 2010).

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass die 2007 auf den Finanzmärkten einsetzende Krise - im Zuge derer zunächst angesichts massiver staatlicher Gegenmaßnahmen von einer „Rückkehr von Keynes“ die Rede war und eine Verschlechterung der Aussichten für liberale und konservative politische Kräfte in Aussicht stand - auch eine fundamentale Verunsicherung für die Sozialdemokratie darstellte. Anstatt ein „window of opportunity“ für die Umsetzung einer sozialdemokratischen Interventions- und Regulierungs-Agenda abzugeben, die in den sozialdemokratischen Schubladen auf eine Wende vom neoliberalen Zeitgeist gewartet hätte, kann man davon ausgehen, dass die Parteien erst eine innere wirtschaftspolitische Neuorientierung erarbeiten mussten, um eine Haltung zu der plötzlichen Wende der Verhältnisse zu finden.

An sich sind Krisen Chancen zur parteipolitischen Profilierung (Galasso 2010). Der parteipolitische „cleavage“, also der Raum für unterschiedliche Positionierungen in einer Frage wie der Wirtschaftspolitik, wird unter Bedingungen der Unsicherheit größer. Diese Aussage mag überraschen, denn die Krisenbewältigungspolitik in den Industriestaaten scheint auf den ersten Blick von großer Gleichförmigkeit gekennzeichnet zu sein: Insbesondere die in beinahe sämtlichen EU-Mitgliedstaaten bereit gestellten und ähnlich ausgestalteten Bankenrettungspakete lassen zunächst eher auf Uniformität und mangelnde (bzw. ungenutzte) Spielräume schließen.

Im Folgenden sollen anhand von vier Stadien bzw. Episoden der Krise Dimensionen staatlicher Maßnahmen untersucht werden, in denen nationale Spielräume vorhanden waren, sowie neue Mechanismen und Prozesse auf internationaler Ebene. Diese werden daraufhin geprüft, ob parteipolitische Positionierungsmuster erkennbar sind.

Wie Parteien sich wirtschaftspolitisch positionieren, ist zunächst nicht mit Sicherheit vorhersagbar. Eine Vielzahl von Motiven und Orientierungen ist möglich (Beck/Scherrer

2005): Vertretung der Mitgliederinteressen, Verfolgung einer Parteiprogrammatik, opportunistisches Orientieren an öffentlichen Meinungen, private Karrieremotive der Parteispitzen, Positionsfindung in Abgrenzung von konkurrierenden Parteien. Im Lauf der Krise, die zunächst alle politischen AkteurInnen überraschte, und etablierte Deutungsrahmen und Handlungsroutinen destabilisierte, mussten Parteien zu einer Haltung in Bezug auf Krisenpolitik finden, die wirksame und durchsetzungsfähige Maßnahmen im Rahmen einer einigermaßen konsistenten Linie in Abgrenzung zu anderen Parteien vorsah. Angesichts der Überraschung und des Zeitdrucks durch immer neue Krisenfacetten ist für parteipolitische Positionierung entweder ein Zurückgreifen auf etablierte Handlungsroutinen (z.B. keynesianische Theorie als Leitlinie für die Ableitung von Haltungen in konkreten Fragen) oder ein tastendes Voranschreiten, im Zuge dessen sich nach und nach auf Basis von Erfahrungen und Lernen eine Haltung herausbildet, vorstellbar.

Vier Episoden im Laufe der Krise, die von gleichzeitigem Ergreifen von gleichartigen Maßnahmen in einer Vielzahl von EU-Mitgliedstaaten gekennzeichnet waren, sowie die Debatte über internationale Kooperation in Regulierung und Wirtschaftspolitik bieten sich für einen Vergleich an. Anhand dieser Maßnahmen soll untersucht werden, ob sich die Ausprägung der Maßnahmen darauf zurückführen lässt, welche Partei(en) die Regierung bilden. Lassen sich diesbezüglich Muster vorfinden, kann daraus abgeleitet werden, dass es parteipolitisch geprägte unterschiedliche Krisenbewältigungsansätze gibt. Die untersuchten vier Episoden nationaler Maßnahmen sind die mit Bankenrettungsmaßnahmen verknüpften Auflagen und Bedingungen im Herbst 2008, die Einführung von Bankenabgaben 2008-10, Konjunkturpakete im Winter 2008/09, sowie die Zusammensetzung von Budgetkonsolidierungspaketen 2010.

### **Bankenrettungspakete**

Im Oktober 2008 konnten sich die EU-Mitgliedstaaten zwar nicht auf einen gemeinsamen europäischen Rettungsfonds für Banken einigen, aber auf einen gemeinsamen Ansatz für nationale Rettungspakete. Vorbild war das britische Modell, das im wesentlichen staatliche Garantien für Bankenschulden, Staatsgelder zur Rekapitalisierung der Banken und die Möglichkeit zum Ankauf illiquider Wertpapiere durch den Staat vorsah. Die Europäische Kommission sollte Mindeststandards erarbeiten, denen alle nationalen Maßnahmen genügen mussten, um Wettbewerbsverzerrungen so gering wie möglich zu halten (Quaglia et al. 2009).

Der beträchtliche Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten innerhalb dieses gemeinsamen Rahmens drückt sich in unterschiedlich hohen Summen aus, die im Rahmen der Bankenpakete bereitgestellt wurden. Und in unterschiedlichen Bedingungen, die vom Staat an die Inanspruchnahme durch die Banken geknüpft wurden. Diese Bedingungen (Verzinsung der Staatshilfe, Beschränkungen für Geschäfts- und Gehaltspolitik der Banken, Rechte für den Staat etc.) waren zumindest vor ihrer Prüfung und Genehmigung durch die EU-Kommission divergent, was interessante Rückschlüsse für die Analyse der innerstaatlichen Politikprozesse erlaubt.

Das Krisenmanagement bei Ausbruch der Akutphase der Bankenkrise im Herbst 2008 fand unter außergewöhnlichen Bedingungen statt: Die Entscheidungsfristen waren sehr kurz und die Informationslage schlecht, da angesichts komplexer Marktstrukturen wenig Informationen über Ausmaß und Lokalisierung der Verluste bzw. Risiken vorlagen und die Finanzinstitute mit der Offenlegung der jeweiligen Krisenbetroffenheit zögerten. Der Kreis der EntscheidungsträgerInnen war in vielen Fällen sehr klein, zumeist hochrangige FunktionärInnen aus Regierung und Aufsichtsorganen. Diese Umstände - hoher

Entscheidungsdruck, geringe Information, kleiner Kreis an Entscheidungsbeteiligten - machen einen vergleichsweise großen Einfluss politischer Faktoren auf den Entscheidungsprozess wahrscheinlich.

In einer Untersuchung verschiedener möglicher Einflussfaktoren auf die unterschiedliche nationale Ausgestaltung der Bankenpakete (Weber 2010; Weber/Schmitz 2011) stoßen wir auf das Ergebnis, dass die Größe der Bankensektor weniger von politischen als von ökonomischen Faktoren (Ausmaß der Krisenbetroffenheit des Bankensektors und budgetärer Spielraum) bestimmt ist. Aber parteipolitische Faktoren scheinen für die Generosität der Bedingungen ausschlaggebend zu sein, die die Staaten an die Bankenhilfe knüpfen. Und zwar gilt, je höher der Anteil der Sozialdemokratie an der Regierung, desto generöser die Bedingungen, die die Mitgliedstaaten an die Bankenrettungspakete knüpfen wollten (zumindest solange bis die Europäische Kommission eine Überarbeitung in Richtung der gemeinsamen EU-Standards verlangte). Vergleichsweise strenge Bedingungen wurden hingegen eher von liberalen und konservativen Regierungen an die Staatshilfe für den Finanzsektor geknüpft.

Strenge Bedingungen für Staatshilfe entsprechen dem marktliberalen Modell, das *moral hazard* betont und Staatshilfe für Marktteilnehmer generell ablehnend gegenübersteht. Durch die Verknüpfung der Hilfe mit Auflagen wurde die Subvention der Banken als marktähnlicher Prozess stilisiert, wo SteuerzahlerInnen die Rolle von AktionärInnen einnehmen, die ein Risiko eingehen, für das sie mit einem Anrecht auf eine Vergütung und Wahrung ihrer Interessen honoriert werden.

Strenge Bedingungen wären aber auch ein Schritt in Richtung Beteiligung der Krisenverantwortlichen an den Kosten der Krise, also als verteilungspolitische Maßnahme interpretierbar und damit bedeutsam für eine potenziell sozialdemokratische Zielsetzung. Wie es scheint, haben Liberale und Konservative den Stellenwert von Bedingungen für ihren traditionellen ökonomischen Denkrahmen stärker erkannt und berücksichtigt als sozialdemokratische Regierungsparteien für den ihren.

## **Bankenabgaben**

In der ersten Episode von Krisenpolitik hat die Sozialdemokratie in Regierungsverantwortung also keine prononcierten Anstrengungen zur Verknüpfung von Finanzsektor-Rettung und Verteilungsfragen unternommen. Ein möglicher Grund wäre, dass sie verteilungspolitische Komponente mit Hilfe anderer Instrumente und/oder zu einem anderen Zeitpunkt ergänzen wollten. Eine nahe liegende Form wäre, dies in Form einer Beteiligung des Bankensektors an den Krisenkosten mittels einer Krisensteuer zu tun. In der Tat wurden Bankenabgaben im Lauf der letzten Jahre von einzelnen EU-Mitgliedstaaten eingeführt. Anfang 2010 legte die US-Administration einen entsprechenden Vorschlag für die USA vor (der mangels Unterstützung wieder zurückgezogen wurde). Mitte Juni 2010 verabschiedete der Europäische Rat das Vorhaben, in allen EU-Mitgliedstaaten eine Bankenabgabe einzuführen, um eine „faire Lastenverteilung der Krisenkosten auf den Finanzsektor und Anreize zur Beschränkung von systemischem Risiko zu sichern“ (EFC 2011) – nennt also sowohl Verteilungs- als auch Effizienz motive als Ziele.

Wenn diese Bankenabgabe als Mittel der Wahl für sozialdemokratische Regierungen zur Sicherung der Beteiligung des gesamten Bankensektors an den Kosten anstelle der Verankerung von strengen Bedingungen für Staatshilfe an einzelne marode Banken gegolten

hätte, hätten sich sozialdemokratisch regierte Staaten diesbezüglich besonders hervortun müssen.

*Tabelle 1: Einführung von Bankenabgaben in EU-Mitgliedstaaten<sup>1</sup>*

<b>Zeitpunkt der Einführung einer Bankenabgabe</b>	<b>EU-Mitgliedstaaten</b> (L=sozialdemokratische Regierung, R=liberal/konservativ, L/R= Koalition)
Vorreiter (Einführung zwischen 2008 und 2009)	BEL (L/R), DK (R), SWE (R), FR (R)
Einführung im Anschluss an Obama Vorstoß Anfang 2010	AUT (L/R), D (R), UK (vgl. Fn.1)
Einführung Ende 2010/2011	HUN (R), IRL (R), LV (R), SK (R), PL(R), PT (L), SV (L/R), CYP (L)

*Quelle: EFC (2011)*

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, waren jedoch liberal bzw. konservativ regierte Staaten bei der Einführung von Bankenabgaben stärker engagiert. Teilt man den Zeitraum 2008-2011 in drei Perioden-Cluster, geordnet nach dem Zeitpunkt der Maßnahmen-Ergreifung<sup>2</sup>, so sind konservativ bzw. liberal geführte Regierungen nahezu durchwegs stärker vertreten.

Somit wurden Bankenabgaben also vorwiegend in konservativ-liberale Strategien eingebaut, was unter anderem in dem (auf EU-Ebene von der Europäischen Kommission stark forcierten) Versuch zum Ausdruck kommt, das Aufkommen dieser Bankenabgabe nicht dem allgemeinen staatlichen Budget zugute kommen zu lassen (was stärker seinem Charakter als verteilungspolitische Maßnahme entsprechen würde). Stattdessen soll aus dieser Abgabe ein Fonds gespeist werden, aus dem allfällige künftige Bankenrettungen finanziert werden sollen. Die Abgaben würden somit im Bankensektor selbst zur Speisung seines eigenen Sicherheitsnetzes verbleiben. So sieht es etwa der vom liberal-konservativ regierten Schweden 2008 verabschiedet Ansatz vor, der von der schwedischen Regierung in Folge aktiv als Modell für die EU propagiert wurde. Eine sozialdemokratische Strategie, Bankenabgaben als Teil einer Strategie zur Adressierung der Verteilungsfrage im Kontext der Krisenpolitik zu forcieren, hat sich in den EU-Mitgliedstaaten hingegen kaum bemerkbar gemacht.

## **Konjunkturpakete**

Die im Herbst 2008 mit Bankenrettungspaketen beantwortete Finanzkrise transformierte sich im Lauf der folgenden Monate in eine allgemeine Wirtschaftskrise. Um dieser zu begegnen, wurden von den G20 im November 2008 Konjunkturpakete beschlossen, die auch in den meisten EU-Mitgliedstaaten umgesetzt wurden. Antizyklische Budgetpolitik gilt als Eckpfeiler einer keynesianischen Ansatzes, der historisch eng mit sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik verknüpft ist, da die Verhinderung von Arbeitsplatzverlusten als Kernanliegen einer sozialdemokratischen Klientel erachtet werden kann. Somit wäre eine mögliche Erklärung für die mangelnde Aufmerksamkeit sozialdemokratischer Regierungen

<sup>1</sup> Die hier vorgenommenen Zuordnungen sind unter anderem aus zwei Gründen nicht unproblematisch: 1. Die Klassifikation von New Labour - als sozialdemokratisch oder als liberal-konservativ – bereitet besondere Schwierigkeiten. Dieses Problem kann sich auch bei anderen Parteien stellen. 2. Bei der Einführung der Bankenabgabe in Frankreich ist bekannt, dass dieser eine von Sozialdemokraten angestrebte Parlamentsinitiative vorausging. Das unterstreicht, dass Regierungsmaßnahmen nicht notwendig auf rein parteiinterne Überlegungen der Regierungsverantwortlichen zurückgehen, sondern Ausdruck komplexer politischer Prozesse sein können, die aus dem Ergebnis nicht mehr ablesbar sind.

<sup>2</sup> Mit dieser Aufteilung wird auch dem Problem von Regierungswechseln über die Zeit Rechnung getragen. Im Herbst 2008 war der Anteil sozialdemokratischer Regierungsbeteiligungen weit höher als 2011.

für die Verknüpfung von Finanzsektor-Rettung und Verteilung, dass sie ihre Aufmerksamkeit auf die Durchsetzung von kräftigen Konjunkturimpulsen und Absicherungsmaßnahmen für die Beschäftigten konzentrierten.

Saha/Weizsäcker (2009) haben die von den Konjunkturpaketen ausgehenden wirtschaftlichen Impulse in % des BIP für die 13 wirtschaftlich größten EU-Mitgliedstaaten errechnet und bieten somit Daten, die einen Vergleich erlauben.

*Tabelle 2: Konjunkturpakete*

<b>Größe des Konjunkturpakets im Verhältnis zur jährlichen Wirtschaftsleistung</b>	<b>EU-Mitgliedstaat</b>
Groß	AT (L/R), D (L/R), SP (L), UK (Vgl. Fn.1)
Mittel	BEL (L/R), F (R), NL (L/R), SWE (R)
Gering bzw. inexistent	DK (R), GR (R), IRL (R), IT (R)

*Quelle: Saha/Weizsäcker (2009)*

Die Staaten mit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung weisen große und mittlere Konjunkturpakete auf, jene mit liberal-konservativen Alleinregierungen haben mittlere oder geringe bzw. keine Konjunkturpakete. Dieses Bild wird relativiert durch die Tatsache, dass drei von vier Staaten aus der letztgenannten Gruppe zu jenen Ländern gehören, die bald als Schuldenkrisen-Länder im Fokus der Finanzmärkte standen und deshalb wohl geringer budgetärer Spielraum der Hauptgrund für die Entscheidung gegen Konjunkturpakete gewesen sein dürfte.

### **Budgetkonsolidierung**

Während im Angesicht des Schocks der Krise im Herbst 2008 kurze Zeit so mancher Aspekt des herrschenden wirtschaftspolitischen Paradigmas zur Disposition stand, und insbesondere der Finanzsektor im Zentrum der Kritik stand, fassten nach einer Schrecksekunde die Beharrungskräfte wieder Tritt. Mit der Ausrufung der Schuldenkrise von Griechenland, und bald darauf anderer Staaten der EU-Peripherie wendete sich schließlich das Blatt. Dass die Folgekosten der Krise (Rettungspakete und Steuerausfälle) die Hauptursache steigender Budgetdefizite waren, wurde durch den Fokus auf überbordende Staatsverschuldung und die Behauptung, dies sei unverantwortlicher Budgetgebarung zuzuschreiben, verdrängt. Dieses erfolgreiche Re-Framing der nächsten Krisen-Etappe veränderte das Umfeld für wirtschaftspolitische Maßnahmen (Ljungman 2011). Konsolidierung konnte sich als wirtschaftspolitische Priorität durchsetzen, und für institutionelle Reformen auf internationaler Ebene wurde ein Beitrag zu diesem Oberziel zur Durchsetzungsbedingung.

Dennoch könnte auch unter Bedingungen der Konsolidierungspolitik ein sozialdemokratischer Spielraum auf nationaler Ebene identifiziert bzw. erwartet werden. Ein solcher müsste sich durch die Form der Konsolidierung auszeichnen. Wenn man davon ausgeht, dass eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik einen gut ausgestatteten öffentlichen Sektor braucht, und Umverteilungswirkungen vorwiegend über die Ausgabenseite erzielbar sind, dann wäre eine Konsolidierung über Ausgabenkürzung tendenziell abzulehnen. Stattdessen wäre im Gegenzug eine stärkere Betonung der Einnahmenseite zu forcieren. Sowohl auf Ausgaben- als auch auf Einnahmenseite wäre auf wünschenswerte Verteilungseffekte zu achten. Zumindest für den erstgenannten Aspekt

liegen OECD-Daten für die Konsolidierungspakte von 2009/10 aus 21 EU-Mitgliedstaaten vor, die einen Vergleich erlauben (OECD 2011).

*Tabelle 3: Einnahmenseitige Konsolidierungsmaßnahmen*

<b>Anteil der einnahmenseitigen Maßnahmen an Konsolidierung</b>	<b>EU-Mitgliedstaat</b>
Hoch	BEL (L/R), CZ (R), DK (R) , Fin (R), F (R), GR (L), PT (L), SP (L), SK (R)
Mittel	AT (L/R), D (R), EST (R), IRL (R), IT (R), UK
Gering	HUN (R), NL (R), PL (R), CZ (R), SV (L/R), SWE (R)

*Quelle: OECD (2011)*

Die Analyse wird durch die Tatsache erschwert, dass mittlerweile kaum noch sozialdemokratische Regierungsbeteiligungen bestehen. Wiewohl sich alle sozialdemokratischen Alleinregierungen in der Gruppe mit den höchsten einnahmenseitigen Konsolidierungsanteilen befinden, tun das mehrheitlich rechte Alleinregierungen. Und zwei der drei sozialdemokratischen Staaten haben mittlerweile internationale Hilfe in Anspruch genommen, die mit einem Verlust der Entscheidungshoheit über die Budgetpolitik einhergeht. Insofern ist zweifelhaft, ob hier von einer parteipolitischen Akzentuierung der Sparbemühungen gesprochen werden kann.

### **Internationale Koordination**

Die Maßnahmen auf internationaler Ebene (v.a. G20 und EU) im Kontext der Krise zu analysieren, muss sich in diesem Papier auf kursorische Anmerkungen beschränken. Im Zuge der Krise 2007 ff. ist einiges auf die Agenda gerückt, was zuvor auf internationaler Ebene gefehlt hat: Ein Prozess zur Analyse, Debatte und möglichen Behandlung internationaler Ungleichgewichte wurde eingerichtet, ein Aktionsplan zur Finanzmarktregulierung verabschiedet, und koordinierte fiskalpolitische Maßnahmen verabredet. Internationale Regulierung und internationale Koordination der Wirtschaftspolitik als Antwort auf die Globalisierung ist ein traditioneller sozialdemokratischer Ansatz. Wenn sozialdemokratische Regierungen in der EU offenbar weder besonders auf strenge Auflagen für Bankenhilfen noch auf die Einführung von Bankenabgaben gedrungen haben, wie wir gesehen haben, dann könnte das also Ausdruck eines Ansatzes sein, der die Adressierung des Finanzsektors durch internationale Regulierung statt durch nationale Kompensationsauflagen präferiert, und auf nationaler Ebene das Hauptaugenmerk auf andere Politikfelder legt.

Doch bislang blieb Bestrebungen für eine signifikante Re-Regulierung des Finanzsektors aufgrund von konzeptioneller Uneinigkeit und standortwettbewerblichen Überlegungen in internationalen Foren die Durchsetzung weitgehend verwehrt. Eine Teilerklärung dafür kommt auch der Tatsache zu, dass im ECOFIN im Herbst 2008 in einem sehr frühen Stadium der Krise schnell ein „Aktionsplan“ mit technischen Reformvorhaben für die Finanzregulierung verabschiedet wurde, der die Ausweitung der Debatte und das Aufkommen weitgehenderer Vorschläge zum Großteil erfolgreich verhindert.

Eine Finanztransaktionssteuer kristallisierte sich mittlerweile zu einem der zentralen Konsens-Projekte innerhalb der europäischen Sozialdemokratie heraus (Der Standard 2009). Ihre Rolle als Beitrag zur Beschränkung des Finanzsektors und zur Umverteilung steht im Zeichen des Debattenschwenks auf Konsolidierung als internationales wirtschaftspolitisches Hauptthema nun weniger im Vordergrund, aber ihr möglicher Beitrag zur Einnahmenerzielung für

Budgetkonsolidierungsprojekte sorgt dafür, dass hier das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Auch die Chefs liberal-konservativer Regierungen von Deutschland und Frankreich haben zuletzt diese Steuer auf EU-Ebene wiederholt gefordert. Dass notorisch mit einer ablehnenden Haltung von Großbritannien zu rechnen ist, das den größten Finanzstandort der EU und damit gewichtigen Einfluss in dieser Frage besitzt, setzt diese Forderung jedoch seit jeher dem Verdacht der Symbolpolitik aus.

Der Prozess betreffend internationale Ungleichgewichte hat keine Bindungswirkung und seine konkreten Effekte sind unklar, und fiskalpolitische Verabredungen auf G20-Ebene haben auch nur deklaratorischen Charakter. Tatsächlich rechtlich verbindlich umgesetzt werden Reformen auf EU-Ebene, die im Zeichen der Stärkung der neoliberalen wirtschaftspolitischen Architektur des WWU-Vertrages stehen, wo mit Verweis auf die Interpretation der Schuldenkrise als Ausdruck unzureichender Budgetdisziplin v.a. der Stabilitätspakt und die Überwachung der nationalen Wirtschaftspolitik unter den Vorzeichen der Austeritätspolitik konsolidiert und weiter verschärft wird. Einst kontroverse Maßnahmen einer neoliberalen Agenda (weitere Beschränkungen für die nationale Fiskalpolitik auf EU-Ebene, Verankerung von Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild in weiteren Mitgliedstaaten etc.) fanden Mehrheiten auf EU-Ebene (Klatzer/Schlager 2011), seit dem die Krise nicht mehr als Finanz-, sondern als Staatsschuldenkrise diskutiert wird. Die Erfolgsparameter für die Durchsetzung von Reformen auf internationaler Ebene wurden dadurch entscheidend verschoben.

### **Schlussfolgerungen**

Die seit 2007 sich ausbreitende Krise bestätigte zunächst viele traditionell sozialdemokratische Positionen: Die Kritik an deregulierten Finanzmärkten, der Hinweis auf die Gefährlichkeit extremer Verteilungsschiefen für die wirtschaftliche Prosperität und Stabilität, und die Angewiesenheit der Märkte auf eine stabilisierende Rolle des Staates. Dennoch waren regierungsbeteiligte sozialdemokratische Parteien nicht nur ebenso überrascht und unvorbereitet wie ihre liberalen und konservativen KonkurrentInnen, sondern es gibt Anhaltspunkte, dass sie – allen Aussagen einer „Rückkehr von Keynes“ zum Trotz – sogar weniger gut vermochten, zu einer Krisenpolitik mit sozialdemokratischen Merkmalen zu finden. Dass SozialdemokratInnen in den Jahren zuvor über weite Strecken auf eine liberal-konservative Wirtschaftspolitik eingeschwenkt und so viele Bedingungen für die Krise mitverursacht hatten, mag damit zu tun haben.

Die Verknüpfung von Finanzmarktstabilisierung mit Maßnahmen zur Sicherung einer Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten wurde von sozialdemokratischen Regierungen vernachlässigt. Entsprechende Maßnahmen wären auf nationalstaatlicher Ebene angesiedelt und somit leichter durchsetzbar gewesen als Maßnahmen auf internationaler Ebene, für die es die Zustimmung vieler anderer Staaten braucht. Diese Spielräume auf nationalstaatlicher Ebene wurden jedoch mehr von liberal-konservativen Regierungen genutzt, und als Elemente in ihren eigenen wirtschaftspolitischen Deutungsrahmen eingefügt.

Auf internationaler Ebene war das Eintreten für eine Finanztransaktionssteuer unter den Maßnahmen in Bezug auf den Finanzsektor die stärkste sozialdemokratische Positionierung. Auf dieser Ebene hielten jedoch die Widerstände gegen eine Umsetzung an, und bald setzte eine Umdeutung der Krise ein, die die Prioritäten unter dem Druck von Preisentwicklungen auf den Finanzmärkten und der öffentlichen Meinung verschob. Dies erleichterte eine Festigung der Hegemonie liberal-konservativer Institutionen auf internationaler Ebene und deren weiteren Ausbau.

Während es einige Anhaltspunkte dafür gibt, dass sozialdemokratische Regierungen ihre Kräfte auf die Absicherung der Lohnabhängigen durch Durchsetzung von Konjunkturpaketen konzentrierten, wurde diese Episode von dem bald einsetzenden Konsolidierungsdruck schnell abgelöst. Die schwindende Anzahl sozialdemokratisch geführter Regierungen in dieser Zeit führt dazu, dass eine sozialdemokratische Handschrift bei den jüngst erstellten Konsolidierungspaketen nicht wirklich nachzuweisen ist. Dass diese Gelegenheit nicht mehr gegeben war, mag auch darauf zurückzuführen sein, dass es liberalen und konservativen Parteien besser gelang, eine Krisenpolitik durchzusetzen, die in Bezug auf den Finanzsektor von SozialdemokratInnen erwartbar gewesen wäre, und diese in ein liberal-konservatives Deutungsschema umzucodieren, und in Folge die Interpretation der Lage und daraus abgeleitete Handlungsimperative zu ihren Gunsten zu wenden.

## Literatur

- Beck, Stefan/Scherrer, Christoph (2005): Der rot-grüne Einstieg in den Abschied vom „Modell Deutschland“. In: Prokla 138 (35/1), S.111-130.
- Boix, Carles (2000): Partisan governments, the international economy, and macroeconomic policies in advanced nations, 1960-93. In: World Politics 53 (October), S.38-73.
- Blyth, Mark (2005): Domestic institutions and the possibility of Social Democracy. In: Comparative European Politics 3/4 (December), S. 379-407.
- Cioffi, John W./Höpner, Martin (2006): The Political Paradox of Finance Capitalism: Interests, Preferences, and Center-Left Party Politics in Corporate Governance Reform. In: Politics & Society 34/4, S. 463-502.
- Der Standard (10.5.2009): EU-Sozialdemokraten machen Druck für Finanztransaktionssteuer, <http://derstandard.at/1241622353946/EU-Sozialdemokraten-machen-Druck-fuer-Finanztransaktionssteuer>
- EFC - Economic and Financial Committee (2011): Draft Report to the Ecofin on financial levies and taxes. State of play, 11.5.2011, <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st09/st09918.en11.pdf>
- Galasso, Vincenzo (2010): The role of political partisanship during economic crisis, CEPR Discussion Paper No. 7834.
- Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2011) Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. In: Kurswechsel 1/2011, S. 61–81.
- Ljungman, Pia (2011): Constructing the European „Sovereign debt crisis“, hegemonising austerity. A narrative of European neoliberal governmentality, Papier für die Tagung der Euromemo-Gruppe am 17.9.2011 in Wien.
- Madariaga – College of Europe Foundation (2010): What’s wrong with Social Democracy in Europe?; Report of the Citizens Controversy of 22 January, <http://www.madariaga.org/reports/273-whats-wrong-with-social-democracy-in-europe>
- OECD (2011): Restoring public finances, Paris.
- Quaglia, Lucia/Eastwood, Robert/Holmes, Peter (2009): The Financial Turmoil and EU Policy Cooperation in 2008. In: Journal of Common Market Studies, 47(1), S. 63-87.
- Ryner, Magnus (2010): An obituary for the Third Way. The financial crisis and social democracy in Europe, <http://www.eurozine.com/articles/2010-04-27-ryner-en.html>
- Sasha, David/Weizsäcker, Jakob von (2009): Estimating the size of the European stimulus packages for 2009. An update, Bruegel Policy Contribution, Issue 2009/02 (April).
- Weber, Beat/Schmitz, Stefan (2010): Wer bietet mehr? Bestimmungsfaktoren der EU-Bankenhilfspakete in der Finanzkrise 2008/09. In: Kurswechsel 1/2010, S. 87-100.
- Weber, Beat/Schmitz, Stefan (2011): Varieties of helping capitalism. Politico-economic determinants of bank rescue packages in the EU during the recent crisis. In: Socio-economic Review, im Erscheinen.